

Zeitschrift: Saiten : Ostschweizer Kulturmagazin
Herausgeber: Verein Saiten
Band: 22 (2015)
Heft: 248

Artikel: Was er bräuchte: Vertrauen
Autor: Surber, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-884396>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

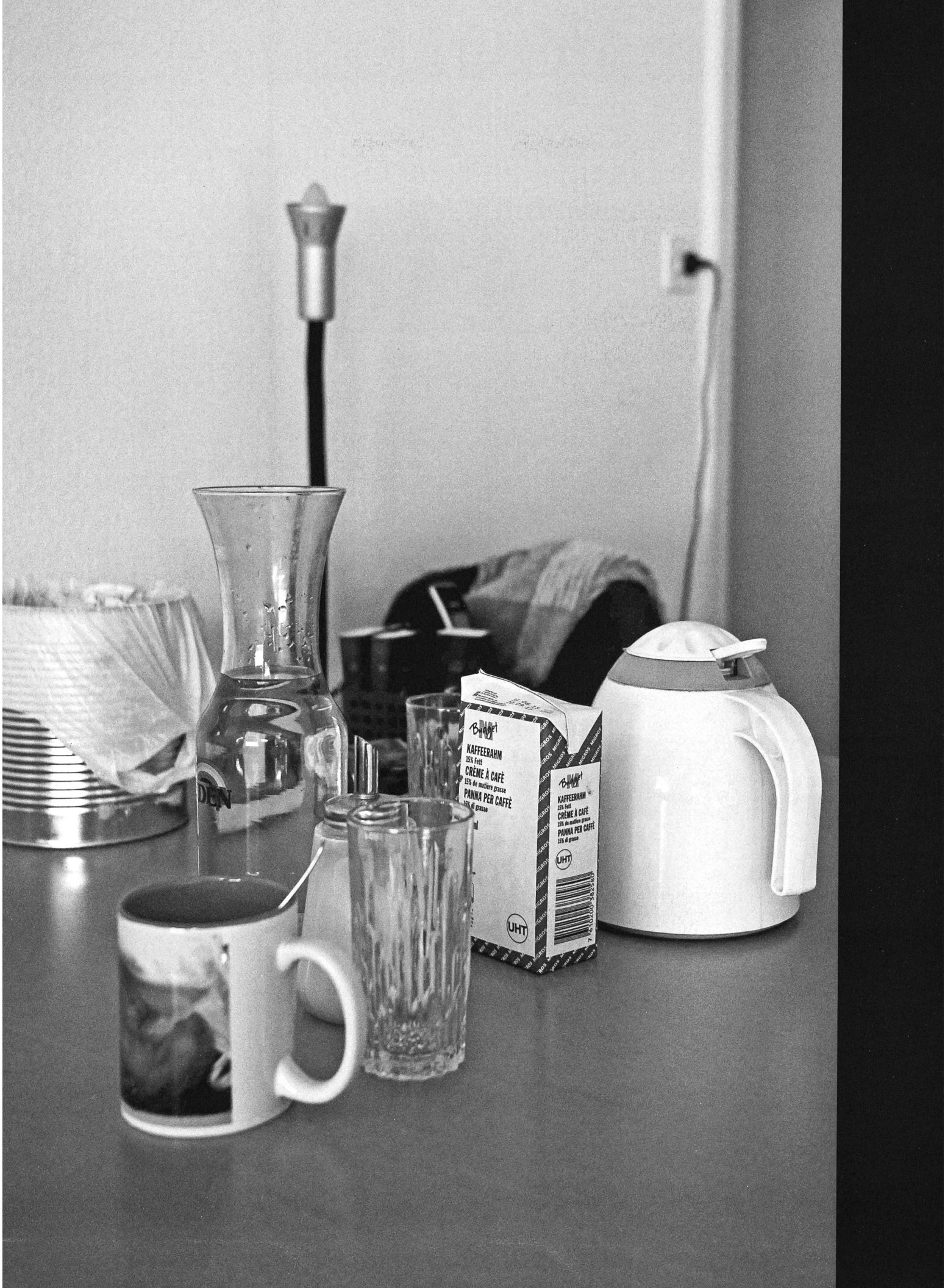
Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

986.—



WAS ER BRÄUCHTE: VERTRAUEN

Wie lebt es sich mit dem Existenzminimum? Und wie rutscht einer nach und nach in die Arbeitslosigkeit und in die Sozialhilfe? Rolf, 50 Jahre alt, erzählt. Er gehört zu denen, die die Sozialabbauer von rechts «Klientel» nennen. *von Peter Surber*

Wenn er wieder einmal einen Leserbrief liest, in dem über «Sozialschmarotzer» hergezogen wird, läuft es Rolf* kalt den Rücken hinab. «Es könnte mir egal sein. Aber es betrifft mich. Ich rege mich auf. Die Leute wissen nicht, was es wirklich heisst, von Sozialhilfe abhängig zu sein.» Das Thema sei auf eine einseitige Art auf dem Radar der Öffentlichkeit: «Alle reden darüber, aber die Betroffenen selber haben keine Stimme.» Umso lauter zu hören sei die Stimme jener, «die das Sagen haben. Und die haben keine Ahnung.»

Rolf hat sofort zugesagt auf die Anfrage, ob er bereit sei, von seiner Situation zu erzählen. Wir haben uns an der Busstation getroffen, ein Dorf im Toggenburg. Jetzt sitzen wir am Tisch in seiner Wohnung. Die Decke ist niedrig, die Einrichtung einfach, der Wohnkomfort beschränkt, aber Platz und Licht ist genug da. Keine schlechte Wohnung, einzig das Grün rundherum fehlt ihm, wie beim kleinen Haus oben am Hang, in dem er früher gelebt hat. Wenige Tage vor unserem Gespräch haben «die, die das Sagen haben», hat die SVP in Bern ihr Positionspapier zur Sozialhilfe vorgestellt, an der Spitze Parteipräsident Toni Brunner, der Landsmann aus dem Toggenburg. «Explodierende Sozialausgaben und ausufernde Sozialbürokratie» heisst deren Diagnose. Eine «Armutsinflation» sei im Gang, weil die «Lobbys des Sozialsektors» ihre «Klientel» ständig ausweiten würden.

Begriffe aus dem Wörterbuch des Unmenschen. Erst recht für einen wie Rolf, der sich den abschätzigen Begriff «Klientel» gefallen lassen muss. Aber auch für die Sozialämter, die kurzerhand als «Sozialindustrie» abgekanzelt werden. Die Partei der Milliardäre kennt auch die richtige Therapie: Sparen. Sozialhilfe-Gelder sollen gekürzt werden, Junge, Asylsuchende, Unkooperative und «Sozialtouristen» sollen auf das «absolute Existenzminimum» gesetzt werden, wörtlich: «genug Kalorien, ausreichend warme und nicht verlumpte Kleider, geheiztes Obdach ...». Dafür seien 12 Franken pro Tag genug oder 360 im Monat.

Geld ist nicht der zentrale Punkt

Rolf sagt trocken: «Man muss sich nur umsehen, auch hier im Dorf, es gibt viele Leute mit viel Geld – und trotzdem heisst

die Frage immer: Wo kann man sparen. Statt: Wo könnte man Steuern erhöhen.» Gewiss seien bei der Sozialhilfe ein paar Franken zu holen. «Aber das sind Beträge, die kaum ins Gewicht fallen für die Gesamtheit.» Für den Einzelnen aber umso mehr.

Geld ist für Rolf allerdings nicht der zentrale Punkt. Wohnung und Krankenkassenprämien sind, wie dies die Regel ist in der Sozialhilfe, von der Gemeinde bezahlt. Die 986 Franken, die er monatlich bezieht, sind der als soziales Existenzminimum definierte Betrag, vorläufig noch. Von diesem Existenzminimum wird Rolf das (kleine) Honorar abgezogen, das er mit Unterricht verdient. Die knapp 1000 Franken, eines der verschiedenen «Existenzminimumer», wie er lachend sagt, nennt Rolf «grundsätzlich erbärmlich». Für ihn reiche es aber, auch wenn er sehr aufs Geld achten müsse. Er habe seit jeher bescheiden bis asketisch gelebt und schon üblere Zeiten durchgemacht ohne einen Franken auf dem Konto. «Das war stressig». Jetzt empfinde er eine gewisse Sicherheit, um den Preis, dass das Sozialamt die Bankauszüge kontrolliert und nachbohrt, wenn noch etwas auf dem Konto ist. «Dass einer sparsam lebt, das hat in deren Schubladen keinen Platz.»

Rolf leistet sich nichts, trifft sich kaum mit Leuten. Und da fängt der schmerzlichere, nicht-materielle Teil an. «Ich dachte vorerst, ich könnte die Situation verstandesmässig besser wegstecken. Aber das ist nicht so. Ich gehe wenig ausser Haus und rede mit zuzusagen Niemandem darüber, dass ich in dieser Mühle drin bin.» Zum einen liege das daran, dass er hofft, «diese Mühle», die Sozialhilfe-Abhängigkeit sei nur eine Zwischenphase. Und das andere sei der «Scham-Anteil». Scham für die Lebensumstände, in die man geraten ist – obwohl er eigentlich wisse, dass es keinen Grund gäbe, sich zu schämen.

Ich pflichte bei: Schliesslich zahlt man Beiträge an die Arbeitslosenversicherung und an die AHV-IV, unser Sozialsystem rechnet demnach mit Ausfällen, ebenso wie mit der Notwendigkeit von Sozialhilfe. Und dennoch Scham? Es gibt die rationale Seite, sagt Rolf – und es gibt die Gefühle. Verunsicherung, Druck, Entwürdigung: Gefühle, die er noch vor drei Jahren selber nicht gekannt habe, vor seiner Arbeitslosigkeit, vor dem Gang zum Sozialamt. «Es braucht viel, bis man an dem Punkt ist», sagt Rolf.

*Name und einzelne biografische Details geändert

Das Entsolidarisierungs-Projekt

Keine Frage, dass solche Gefühle durch den politischen Druck auf die Sozialwerke, durch den Trend zur Entsolidarisierung verstärkt werden. Auch in der Ostschweiz jagen sich die politischen Angriffe auf die Sozialhilfe. So lanciert im Kanton St.Gallen die SVP jetzt im September ihre Volksinitiative mit dem beschönigenden Titel «Für eine gerechte Sozialhilfe», nachdem ihre Vorstösse zur Verschärfung der Gesetzgebung im Kantonsparlament nicht durchgekommen sind. In der Stadt St.Gallen ist ein Bericht des Stadtrats zur Sozialpolitik hängig, den eine Parlamentsmehrheit gefordert hat. Nachgeschoben haben drei Rechtspolitiker eine Interpellation mit einem Bombardement von Fragen. (Mehr dazu im Interview mit Stadtrat Nino Cozzio, Seite 21). National hat die Skos, die Schweizerische Sozialkonferenz, im Mai angekündigt, die Beiträge für Junge und für kinderreiche Familien zu reduzieren. Eine Reihe Ostschweizer Gemeinden, voran Rorschach, sind aus der Skos ausgetreten, weil ihnen die (nicht verbindlichen) Richtlinien zu grosszügig waren. Der Fall der Abschiebung einer Sozialhilfe-Empfängerin aus Rorschach nach St.Gallen liegt momentan beim Kanton. Einzelne, in den Medien stark beachtete Fälle wie jener des Jugendstraftäters «Carlos» oder die hohen Sozialkosten, die die Gemeinde Hagenbuch für eine Flüchtlingsfamilie zahlte, haben das Feld für all diese Abbauvorstösse vorbereitet.

«Beschämung, Diffamierung und Diskriminierung», schreibt Marie Baumann in ihrem Blog iv-info, «dienen dazu, die Betroffenen mundtot zu machen.» (Siehe von ihr auch den Beitrag auf Seite 28).

Rolf ist allerdings nicht der Typ, der sich mundtot machen lässt. Er wehrt sich immer mal wieder bei seinem «Auftauchen», wie er es nennt, auf dem Sozialamt der Gemeinde. Nötig wäre dieser allmonatliche Pflicht-Bittgang nicht, findet Rolf – umso mehr, als «die Stimmung jenseits» sei. Mit dem Amtsleiter hat er das Heu offensichtlich nicht auf der gleichen Bühne. Die Leute in der Region kennen ihn ja eigentlich, sie wüssten, mit wem sie es zu tun hätten, und dennoch fühle er sich manchmal «behandelt wie ein Ausserirdischer». «Ich muss mich innerlich schützen, wenn ich da hingehe.» Gemeinsam nach Lösungen für seine Situation zu suchen, dafür fehle aus seiner Sicht jede Verständigungsbasis. Als wechselhaft schildert er auch seine Erfahrungen mit dem RAV. Mit dem einen Sachbearbeiter gute Gespräche, von einem anderen dann der Klassiker: «Sie mönd sich eifach es bitzli meh Müe geh!»

«Schrüübli sortiere, das kann es nicht sein»

Rolf hat ein Anglistikstudium und eine kunsthandwerkliche Zweitausbildung im Rucksack, hat teils als Lehrer, als Selbständigerwerbender, später als Betreuer in einer Sozialinstitution gearbeitet. An der letzten Arbeitsstelle kündigte er, weil er fand, seine Arbeit trage zu wenig Früchte. Seit März 2013 ist Rolf arbeitslos, im Oktober 2013 landete er dort, wo er lieber heute als morgen wieder wegkommen würde: in der Sozialhilfe. Bei den zahllosen Bewerbungsschreiben seien sowohl er selber als auch das RAV zum Schluss gekommen: Das bringt nichts. Dennoch ging es vom RAV aufs Sozialamt, von diesem wieder zum RAV, Rolf fühlte sich hin und her geschoben. Was die Beschäftigungs- oder Umschulungsangebote betrifft, ist er kritisch: «Für Leute wie mich gibt es da

nichts» – ein Studium kann auf dem Arbeitsmarkt so hinderlich sein wie mangelnde Ausbildung. Und «Schrüübli sortiere», das könne es nicht sein.

Wir unterhalten uns lange über die Arbeitssituation, das allmähliche Aus-dem-Tritt-Kommen aus dem bürgerlichen Berufsalltag. Die Geschichte dahinter könnte heissen: Da ist einer mit vielen Talenten, aber auch mit hohen Ansprüchen sich selber und der Umwelt gegenüber. Sehr hohen, allzu hohen vielleicht. Und mit einer bohrenden inneren Stimme, die «zu viel denkt», wie er es nennt: Was gehe ich ein bei einem Job, was bringt er und wie viel nimmt er mir weg an Autonomie, an selbstverantworteter Lebensgestaltung? Ja, seine Ansprüche, die seien dem Ganzen wohl nicht sehr förderlich gewesen, räumt Rolf ein. «Vielleicht war ich dumm.» Vielleicht hätte er sich stärker arrangieren müssen, auch mit einer unbefriedigenden Stellensituation – wenn er geahnt hätte, was danach auf ihn zukommt. «Ich war überzeugt, wieder einen Job zu finden.» Stattdessen kam die Arbeitslosigkeit.

Die leeren Tage. Wer 100 Prozent arbeite, stelle sich vermutlich vor, das sei doch locker, das sei das Paradies. Für ihn ist es nicht gerade die Hölle, aber eine gewaltige Herausforderung. Einen Tagesrhythmus zu finden. Die Leere auszuhalten. Er brauche viel Energie, um seine Tage zu bestehen. «Der einzige Vorteil ist, dass ich noch selber bestimmen kann: wo wie was.»

Das Prinzip Misstrauen

Und dann reden wir darüber, wie eine Arbeitsgesellschaft beschaffen sein müsste, die Platz für Leute wie Rolf hat. Die es zulässt, dass einer vom üblichen Jobprofil überfordert oder unterfordert ist, jedenfalls nicht kompatibel mit den gemeinhin gestellten Anforderungen. Nicht bereit ist, zu «abstrahieren» bei einer unbefriedigenden Tätigkeit. Dass einer Selbstbestimmung über alles andere setzt und daher auch mit den Behörden manchmal auf Kriegsfuss steht, «weil ich nicht in ihre Vorstellungen hineinpasse».

Was sich Rolf wünschen würde: mehr Vertrauen.

Schöner Zufall: Im St.Galler Kinok lief im August eine Retrospektive zu den Filmen von Christian Schocher, samt dem Porträtfilm, den die beiden St.Galler Filmemacher Marcel Bächtiger und Andreas Mueller über den legendären Engadiner Kinobetreiber und Filmer gedreht haben. Dort fällt immer wieder eben dieses Wort: Vertrauen. Es ist der Kern der Schocher'schen Methode, das Geheimnis dessen, wie ihm gelungen ist, nicht nur Laienschauspieler vor die Kamera zu bringen, sondern auch Figuren «am Rand der Gesellschaft» wie die *Kinder von Furna*, die Junkies vom Zürcher Platzspitz oder Willy Ziegler, den «Reisenden Krieger».

Vertrauen und die Gewissheit, trotz allem wertgeschätzt zu werden: Das bräuchte, wer in die Sozialhilfe-«Mühle» geraten ist. Und das bräuchten auch die Leute auf den Sozialämtern. Stattdessen prägt Misstrauen die aktuelle Sozialhilfe-Diskussion. Die Schlagworte von rechts haben ihr Ziel erreicht. Leute wie Rolf stehen unter Generalverdacht. Typisch dafür sind auch die mit grosser Kelle angerichteten Debatten über Sozialdetektive, so im Arboner Parlament und im St.Galler Kantonsrat. Das Ergebnis hier wie dort: Im Fall eines Verdachts auf Missbrauch sollen künftig aussenstehende Inspektoren beigezogen werden können. Die Pointe hier wie dort: Die Möglichkeit hatte es schon zuvor gegeben, mit



mässigem Erfolg. So liess das Sozialamt Arbon wegen des Verdachts auf ein nicht deklariertes Einkommen im Jahr 2013 drei ihrer Klienten durch einen auf solche Fälle spezialisierten ehemaligen Zürcher Polizisten observieren. Dieser konnte keine Verfehlungen feststellen. Der Stadt blieben die Kosten: 17'000 Franken. Im Kanton St.Gallen fehlen aktuelle Zahlen; eine Umfrage des «Tagblatts» bei den Gemeinden erbrachte im Januar 2015 ein Nullergebnis, neuere Infos haben auf Nachfrage weder das Amt für Familie und Soziales noch die KOS, die kantonale Sozialhilfe-Konferenz. Was zumindest darauf hindeutet, dass Sozialdetektiv kein Traumberuf geworden ist seit dem Beschluss.

Missbrauch? Man könne ihm ruhig glauben, sagt Rolf, dass er lieber arbeiten würde. Aber mit 50 habe ein «alter Knochen» wie er kaum noch Chancen. «Da bist du arbeitstechnisch tot.»

Abschied mit Klaus Merz

Wir stehen vom Tisch auf, eine letzte Frage: nach Rolfs Lieblingsautor. Von den meisten Büchern habe er sich getrennt,

ein paar stehen noch im Regal, Werke der Schweizer Schriftsteller Hans Boesch, Kurt Marti, Klaus Merz. Von letzterem, dem Dichter aus dem Aargau, stammt das schmale Büchlein *Jakob schläft*, in dem Merz seine Kindheitsgeschichte mit dem behinderten Bruder literarisch aufarbeitet. In einem der kurzen Kapitel erinnert sich der Autor an eine berührende Szene im Krankenhaus. Der behinderte Bruder ist noch ganz klein, ein «Bündelchen», und der Vater sagt:

Zusammen
wollen wir es tragen
quer durch die Welt.

Peter Surber, 1957, ist Saiten-Redaktor.

«ICH BIN JA NICHT IN DIE POLITIK GEGANGEN, UM ZU SCHWEIGEN»

Der St.Galler CVP-Stadtrat Nino Cozzio ist Vorsteher der Direktion für Soziales und Sicherheit. Er verlangt, dass auch in der Sozialhilfe die Würde der Menschen zuoberst steht. *Interview: Sina Bühler*

Nino Cozzio, sind die Kosten in der Sozialhilfe wirklich so explodiert, wie es Rechtsparteien und Medienberichte suggerieren?

Nein, explodiert sind sie nicht. Aber sie sind höher. Es kommt auch immer darauf an, was wir zu den Sozialausgaben zählen. Die Kosten für Platzierungen von Kindern haben tendenziell zugenommen, aber auch nicht explosionsartig. Für die Gemeinden kann das aber sicher eine Sorge sein, und ich begreife, dass sie sich Gedanken machen über diese Entwicklung.

Die Fallzahlen haben aber zugenommen?

Ja, das ist vor allem auf die Konjunktur zurückzuführen. Es sind viele ausgesteuerte Arbeitslose, die in die Sozialhilfe kommen. Das sind eigentlich die, die nach meinem Verständnis nicht unbedingt dahin gehören.

Das liegt ja nicht nur an der Konjunktur, sondern auch an den konstanten Sparbemühungen, bei

Stellen, Löhnen und bei der Arbeitslosenversicherung. Das ist eine Strategie.

Darum haben wir mit dem Städteverband 2010 auch die Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG) bekämpft. Wir finden es nicht richtig, Arbeitslosentaggelder zu kürzen und die Lasten auf die Gemeinden zu überwälzen. Es geht nicht einfach um Geld, so etwas könnten wir mit dem Finanzausgleich regeln. Es geht mir darum, dass es für Ausgesteuerte ungleich viel schwerer ist, wieder in den Arbeitsmarkt zu kommen. Wer von der Sozialhilfe unterstützt wird, bekommt kaum eine Stelle. Das geht auch an die persönliche Substanz und an die menschliche Würde. Sozialhilfe beziehen zu müssen ist – entgegen verschiedener Unkenrufe – kein Vergnügen.

Wer ist von Armut betroffen?

Vor allem Alleinerziehende und schlecht ausgebildete Personen.